

durch Zeichen wie etwa den Gottesdienst mit dem anglikanischen Primas in Canterbury unterstrichen. Gleichzeitig hat er mit seiner auf innerkatholische Stabilisierung und Identitätswahrung zielenden Strategie Akzente gesetzt, die auch zu ökumenischen Irritationen geführt haben.

Beides kam gleich am Beginn seiner Ansprache beim Gottesdienst in der Kapelle des Ökumenischen Zentrums zum Ausdruck. Neben dem Bekenntnis zur unwiderruflichen Mitarbeit der katholischen Kirche in der Ökumenischen Bewegung stand der unmißverständliche, wenn auch eher zurückhaltend formulierte Hinweis auf den „Dienst des Bischofs von Rom“ als „sichtbaren Bezugspunkt und Garanten der Einheit“.

Der Besuch in Genf war zweifellos ein *Signal* für die offizielle katholische Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit dem ÖRK, zu der sich auch schon der Brief von Kardinal *Willebrands* an Generalsekretär *Philip Potter* anlässlich der Vollversammlung von Vancouver bekannt hatte. Sowohl die in einem sehr warmen Ton gehaltene Ansprache Johannes Pauls II. wie die eher geschäftsmäßig formulierte Gemeinsame Erklärung von Einheitssekretariat und ÖRK setzen dabei einen bemerkenswerten und angesichts der bisherigen Erfahrungen überraschenden Akzent: das *gemeinsame Engagement in sozialen Fragen* müsse wirksamer zum Ausdruck kommen (so die Erklärung); ein gemeinsamer Dienst an der Menschheit im Namen des Evangeliums sei notwendig (so der Papst, der allerdings auch klar die Unterschiede „im sozialen Denken und Tun“ ansprach). Ob und wann diesen Absichtserklärungen Taten folgen, muß vorerst offenbleiben; immer könnte sich damit auf dem diffizilsten Gebiet der bisherigen Kooperation eine hoffnungsvolle Perspektive auf-tun.

Das emphatische Plädoyer Johannes Pauls II. für einen *Ökumenismus des gemeinsamen Dienstes und Zeugnisses* auf der Grundlage der schon jetzt bestehenden Gemeinschaft war dennoch nur eine *Teilantwort* auf die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen dem

Weltrat und der katholischen Weltkirche in Zukunft gestalten sollen und können, über das neue Mandat für die Gemeinsame Arbeitsgruppe hinaus. Es wäre doch beispielsweise an der Zeit, Überlegungen darüber anzustellen, ob es nicht Formen und Strukturen des engeren Miteinanders von ÖRK und Rom geben könnte jenseits der Alternative volle Mitgliedschaft – begrenzte Kooperation im bisherigem Sinn.

Für die weitere Entwicklung wird etliches von der in Kürze zu erwartenden *Weichenstellung für die Arbeit des Welt-rates* abhängen. Am 12. Juli wird der neue Generalsekretär gewählt. Es muß sich auch erst noch zeigen ob es gelingt, die Impulse der Vollversammlung von Vancouver, bei der ja das Mühen um die sichtbare Einheit stark in den Vordergrund trat, für die Programme des ÖRK fruchtbar zu machen.

Für Rom wird der ÖRK in jedem Fall auch in Zukunft nur *ein* ökumenischer Partner sein; daneben stehen die *bilateralen Gespräche* mit einzelnen Kirchen oder Konfessionsfamilien. Von beiden Seiten, sowohl von der bilateralen wie von der multilateralen Ökumene, ergeben sich gewichtige Herausforderungen an das katholische Kirchen- und Primatsverständnis, die sich nicht umgehen lassen. Von ihnen war allerdings bei den Papstäußerungen in Genf wenig zu spüren. ru

## Sahel-Stiftung

Im Vorfeld des Papstbesuches in der Bundesrepublik 1980 wurde angeregt, aus Anlaß der Reise Johannes Pauls II. eine *Sonderspendenaktion* durchzuführen. Sie sollte dem Papst zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Eine Rolle spielte dabei die der Reise vorausgegangene Diskussion über deren Kosten. Man wollte praktische Hilfe leisten und damit der Öffentlichkeit zeigen, daß sich die deutschen Katholiken durch die kleinliche Reisekostendiskussion nicht beeindrucken

und nicht lumpen ließen. Zugleich wollte man eine Initiative des Papstes vom Mai 1980 in Ouagadougou aufgreifen, wo Johannes Paul II. die Kirche und die gesamte Welt zu verstärkten Hilfsanstrengungen für die Länder der Sahel-Zone und zum Kampf gegen die Ausbreitung der Wüstenzonen („desertification“) aufgerufen hatte. Die Initiative war nicht nur gut gemeint, sondern sollte auf diese Weise auch einem dringenden Zweck dienen. Das Spendenaufkommen sollte als Soforthilfe den vom Hunger bedrohten Bevölkerungen der Sahel-Länder zugute kommen.

Die *Verwirklichung der Aktion* bzw. die Nutzbarmachung des Geldes gestaltete sich aber wesentlich schwieriger, als es sich die Initiatoren und die Deutsche Bischofskonferenz als deren Träger gedacht hatten. Noch zu Ende des Papstbesuches in München erklärte Kardinal Höffner, es sei mit einem Gesamtspendenaufkommen von 30 Millionen DM zu rechnen. Später wurde von publizistischer Seite mehrfach angezweifelt, ob diese Summe allein durch Spenden erreicht wurde, ohne durch Kirchensteuerermittel aufgestockt worden zu sein.

Auf jeden Fall ließen die Spendeneingänge aus den Pfarreien und Diözesen länger auf sich warten als angenommen, und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den kirchlichen Autoritäten in Deutschland und dem päpstlichen Rat Cor Unum. An sich hätte es nahegelegen – und so war es von den Initiatoren wohl auch gedacht –, das Spendenaufkommen zwar dem Papst als Soforthilfe zur Verfügung zu stellen, die Abwicklung aber den in diesem Sektor eingespielten *Hilfswerken* zu übertragen. Ein Drittel des Aufkommens wurde dann auch über Misereor Soforthilfeprojekten zugeleitet. Doch wurde von Rom her eine andere „Umsetzung“ gewünscht. Dies schuf nicht geringe, teilweise auch steuerrechtliche Probleme bezüglich der Anerkennung der Spendenquittungen.

Jetzt wurde eine Lösung gefunden, die zwar vom ursprünglichen Zweck („Soforthilfe“) abweicht, die aber, wenn die Realisierung der Planung ent-

spricht, ein Beitrag zu *längerfristiger Hilfe* in den von weiterer Ver-Wüstung bedrohten Sahel-Ländern sein könnte. Ende Juni wurde im Vatikan eine „Stiftung Johannes Paul II.“ errichtet, der die restlichen 20,5 Millionen DM aus dem deutschen Spendenaufkommen als Gründungskapital dienen. Die Stiftung hat ihren Sitz im Vatikan und wird von den Bischofskonferenzen der acht Sahel-Länder getragen. Vorsitzender des Stiftungsrates ist der Erzbischof von Ouagadougou (Obervolta), Kardinal *Paul Zoungrana*. In Ouagadougou wird auch ein Projektsekretariat der Stiftung errichtet. Die Mittel der Stiftung sollen für die Ausbildung vorwiegend, wenn nicht ausschließlich einheimischer Fachkräfte verwendet und im Sinn der Ouagadougou-Rede des Papstes für Langfristprojekte eingesetzt werden.

Die Gelder aus dem Spendenaufkommen verbleiben weiterhin in Deutschland. *Verfügungsberechtigt* sind aber allein der Stiftungsrat bzw. die in ihm vertretenen Episkopate der Sahel-Länder. Damit ist unseres Wissens zum erstenmal eine Einrichtung geschaffen, in der Spendengelder aus einer europäischen Kirche *allein* von einheimischen Stellen und nach deren Kriterien vergeben werden. Die Deutsche Bischofskonferenz, vertreten durch den früheren Geschäftsführer von Misereor, Weihbischof *Leo Schwarz* von Trier, wirkt nur beratend mit. Die deutschen Hilfswerke sind daran nicht beteiligt.

Fraglich ist, ob die Stiftung, die ihre Verwaltungsausgaben aus den Zinsen des Stiftungskapitals finanzieren will, zu Aktivitäten größeren Ausmaßes und damit zu wirklicher Hilfe in den betroffenen Ländern in der Lage ist. Es sind Bestrebungen im Gange, die *Kapitalbasis zu erweitern*. Es sollen „Freundschaftskreise“ der Stiftung gegründet werden. Der neue Präsident der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, der bisherige Erzbischof von Marseille, *Roger Etchegaray*, hat zur Verabschiedung aus seiner Diözese dort eine eigene Spendensammlung durchführen lassen und das Ergebnis der Stiftung zugeteilt. Beim Besuch

des Papstes in Viterbo wurde ebenfalls für die Stiftung gesammelt.

Die Frage wird lange offenbleiben, ob solche Sondereinrichtungen neben den bestehenden Hilfswerken und ihren Koordinierungsorganen tatsächlich langfristig angelegte Projekthilfe in größerem Ausmaß leisten können. Auch kann die jetzige Lösung die vielen ungunstigen Probleme nicht verdecken, die praktisch zu einer *Umwidmung* des Spendenaufkommens geführt haben. Aber durch die Stiftung ist eine Einrichtung geschaffen, der schon allein wegen der größeren Eigenständigkeit der einheimischen Träger in der Mittelvergabe Erfolg zu wünschen ist.

go

## Europawahl

Das Ergebnis der Europawahlen vom 17. Juni ist wenig eindeutig und mit fast soviel Widersprüchlichkeiten und Absonderlichkeiten ausgestattet wie die zu wirklicher politischer Einheit nicht findenden Länder der europäischen Gemeinschaft selbst. Das liegt vor allem an dreierlei:

1. *fehlt es an einem gemeinsamen europäischen Wahlrecht*. Solange innerhalb der EG nach Länderwahlrecht gewählt wird, muß mit Überraschungen und Besonderheiten, die mit dem europäischen Parlament wenig, aber sehr viel mit nationalen Eigenheiten in einzelnen Ländern zu tun haben, gerechnet werden. So kam es zum Beispiel, daß die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten die beträchtliche Stärkung ihrer Fraktion in Straßburg vorwiegend Zugewinnen der Labour-Party und damit dem englischen Mehrheitswahlrecht zu verdanken haben.

2. *setzt die niedrige Wahlbeteiligung der Deutung des Ergebnisses enge Grenzen*. Auch wenn diese nach Ländern sehr unterschiedlich ausfiel, so war ein deutlicher Rückgang der Wählerbeteiligung gegenüber der ersten Europawahl 1979 einheitlich ausgeprägt und

betrifft selbst Länder mit Wahlpflicht wie Italien und Belgien. Von daher müssen auch Ergebnisse in einzelnen Ländern stärker relativiert werden. Die Antieuropäer haben zwar im Straßburger Parlament an Gewicht gewonnen. Aber daraus zu schließen, Antieuropatendenzen hätten sich in Ländern der EG insgesamt verhärtet, wäre zumindest voreilig. Sicher ist, daß in manchen Ländern, zum Beispiel in England, Dänemark, und zum Teil auch Frankreich, die Antieuropäer ihre Anhängerschaft stärker mobilisieren konnten als die europafreundlichen Parteien.

3. wurde nicht nur der Wahlkampf jeweils mit nationalen Themen geführt. *Auch das Ergebnis ist in den meisten Ländern unter nationalen Gesichtspunkten einschneidender als unter europäischen*. Dies gilt trotz manchem Anschein und der besonderen Probleme, die sich nach dem 17. Juni der FDP stellen und trotz der weiteren Zunahme der Grünen und der Verluste von Union und SPD nicht unbedingt für die Bundesrepublik. Im Grunde bestätigten sich hier vorhandene bzw. erwartete Trends. Einschneidender sind im Vergleich dazu schon die Ergebnisse in Frankreich und Italien: in *Frankreich* durch die hohen Verluste der Linksunion und die erstaunlichen Gewinne der Rechtsradikalen um *Le Pen*, in *Italien* durch die erstmalige, wenn auch sehr knappe Überholung der christlichen Demokraten durch die Kommunisten. Dabei dürften der italienischen Innenpolitik künftig weniger die durch den Tod *Enrico Berlinguers* begünstigte Zunahme der Kommunisten als die entschieden bestätigte Schwäche der Christdemokraten zum eigentlichen Problem werden.

Auf europäischer Ebene interessant ist vor allem zweierlei: 1. Das *Protestpotential* in traditionellen wie in neuen Formen scheint zuzunehmen. Die Grünen in der Bundesrepublik sind nur eine Variante davon. 2. Die *regierenden Parteien* (gleichgültig ob sozialistisch, christdemokratisch oder konservativ) haben in fast allen Ländern Europas (mit Ausnahme Griechenlands) verloren. Insofern ist die zweite Europawahl tatsächlich zu einer *Denkzettelwahl* geworden.

se